

Nachfolgendes Dossier von Hans-Wolff Graf, seit 1972 als Finanzberater, Vermögensverwalter, Autor und Journalist tätig, geht an Wirtschaftsexperten, Lehrstuhlinhaber für Volks-, Wirtschafts-, Finanz- und Betriebswirtschaft sowie ausgewählte, dem Autor zum Teil persönlich bekannte Personen, deren Interesse an der Lösung der Euro-, Finanz-, Wirtschafts-, Banken- und Sozialkrise der Autor voraussetzen zu können glaubt, und die ihrerseits nicht qua Amt oder Funktion im Öffentlichen Dienst, bei interstaatlichen Organisationen oder öffentlichen Lehranstalten in ihrer Beurteilung oder Entscheidungsfindung eingeschränkt sind.

Die EURO-Finanz-, Banken-, Wirtschafts- und Sozialkrise muß gesamtheitlich gelöst werden.

**Alternatives Währungskonzept,
Alternatives Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzept,
Alternatives Demokratie- und Rechtskonzept**

Diese Ausarbeitung kann ohne Rückfrage beim Autor, aber jeweils mit Quellenangabe, beliebig weitergegeben und verwendet werden. Im Sinne der notwendigen Veränderungen, die wir aktiv angehen müssen, statt uns darauf zu verlassen, daß Politiker oder Parteien bereit sind, grundsätzliche Veränderungen vorzunehmen, sollten diese Gedanken jeden potentiell Interessierten erreichen. Insofern ist der Autor für jede Weitergabe dieser Gedanken dankbar.

Über die Diskussion der nachfolgend gemachten Vorschläge (auch mit dem Autor selbst) würde er sich freuen. Ebenso dankbar ist der Autor für kritische Anregungen und Hinweise. Für Rückfragen steht er selbstverständlich gerne jederzeit zur Verfügung.

Zusammenfassung

12 Jahre nach Einführung des EURO und 21 Jahre nach dem Vertrag von Maastricht steht diese Union und ihre Währung – neben dem Dollar inzwischen die zweitwichtigste Handelswährung weltweit – vor großen Herausforderungen; vor allem, weil handwerkliche Fehler, politische Ideologie, unterschwellige Machtansprüche, aber auch unaufrichtiges Verhalten einiger Regierungen – aus populistischen Gründen gegenüber ihren Bürgern und den Vertragspartnern – zu Fehlentwicklungen führten, die dem EURO-(Währungs-)Verbund heute auf die Füße fallen.

Hinzu kommt die wachsende Divergenz zwischen real-gelebter (inter)nationaler Wirtschaft und von Politikern/Parteien eisern verteidigter nationaler Wirtschaft*politik*. Während die Wirtschaft kreativ nach günstigsten Produktions-Standorten und Handelswegen sucht, verharrt die Politik in egoistischem, national-staatlichem Denken.

Der in dieser Divergenz gefangene und fachlich überforderte Bürger fühlt sich politisch ohnmächtig und verraten, kann sich mit dem politischen Anspruch der Parteien längst nicht mehr identifizieren und sucht nur noch nach Wegen, das für ihn günstigste aus der Situation zu machen.

Der zu allererst auf die Ziele der eigenen Partei und seine eigenen Wahlchancen schielende Kreis der Politiker entscheidet vornehmlich nach eigenen Opportunitäten – oftmals kenntnisarm, ohne Verständnis für die Zusammenhänge – bzw. nach vorgegebener Parteidoktrin, ohne daß er sein politisches (Fehl)Handeln jemals befürchten muß, rechtfertigen und verantworten zu müssen. Den daraus erwachsenen Zwängen und Verordnungen sind zwar die Bürger weitestgehend hilflos ausgeliefert, die längst de-nationalisierte Wirtschaft – insbesondere Großkonzerne und Banken – findet jedoch regelmäßig Wege, um eigene Vorteile zu sichern.

Zwar bezahlen rund 500 Millionen Europäer inzwischen in EURO, hingegen ist die *Europäische Union* in den Köpfen und Herzen der Menschen, die über ihre Einführung keineswegs *demokratisch* mitbestimmt haben, zumeist noch nicht angekommen. Im Gegenteil haben sich Millionen Menschen inzwischen vom EURO und allem, was er symbolisiert, bereits innerlich wieder abgewandt.

Politiker, Parteien und politisch unabhängige Experten streiten darüber, ob der begonnene Weg „auf Biegen und Brechen“ fortgesetzt werden sollte – koste es, was es wolle –, oder die EURO-Zone aufgeteilt, einzelne Mitgliedsländer ausgeschlossen oder das „EURO-Experiment“ schlicht aufgegeben werden sollte.

Den Verfechtern des Status Quo bleiben nur: Einschnitte bei staatlichen Leistungen, Steuererhöhungen oder eine hemmungslose Fortsetzung der gefährlich ausufernden Schuldenpolitik.

Aber auch die Befürworter einer Teilung der EURO-Zone oder deren Auflösung haben keine wirklichen Alternativen parat. Dies liegt daran, daß alle Protagonisten beider Seiten den grundsätzlichen Fehler begehen, ausschließlich **„im System“** zu verharren, statt eine *„schematische Öffnung“* ins Auge zu fassen. Der zweite Fehler besteht darin, daß Wirtschafts-, Steuer-, Sozial- und Rechtspolitik singulär diskutiert werden – jeweils unter Wahrung der nationalen Egoismen und mit ängstlichem Blick auf die eigenen politischen Machtaspekte.

Mit der vorliegenden Arbeit werden tatsächlich *radikale* (*„radix“* – lat.: die Wurzel) alternative Konzepte vorgeschlagen, die aber nach Ansicht des Verfassers die einzige Möglichkeit darstellen, sowohl nationale Politiken als auch die Zukunft des EURO und der EURO-Zone neu zu definieren und nachhaltig erfolgreich zu gestalten.

Wichtig ist dabei jedoch, daß nicht mehr – wie bisher – Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik *singularisiert* werden, vielmehr müßte ein tragfähiges Konzept für eine Neuorientierung im Sinne eines Sozial-, Wirtschafts- und -Fiskal-Verbundes – mit dem Fernziel eines **„Vereinten Europas“** – alle Teilaspekte berücksichtigen, die ein Staatswesen ausmachen.

Aus diesem Grunde unterbreitet der Verfasser im Folgenden ein

1. **„Alternatives Währungskonzept“**, ein
2. **„Alternatives Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzept“** und ein
3. **„Alternatives Demokratie- und Rechtskonzept“**.

1. Alternatives Währungskonzept

Um einerseits den bisher in der EURO-(Währungs)Union vorherrschenden Problemen zu begegnen und eine neue EURO-(Währungs)Zone zu etablieren, wird die Einführung einer **International Currency Union (ICU)** vorgeschlagen, die sich einer (von keiner einzelnen Währung dominierten) Kunstwährung (**International Currency, IC**) bedient. Auf diese **ICU** könnten alle bisherigen Handels- und Währungsverträge, Kredite, Hypotheken, Anleihen, etc. übertragen werden, da dieser **ICU** sowohl Staaten (inkl. Kommunen) als auch Banken und Produktions- oder Handelskonzerne beitreten könnten. Staaten wären damit dem Zangengriff der Finanzwelt enthoben und Währungen nicht mehr Spekulationsobjekt von Staaten, Banken und Konzernen.

2. Alternatives Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzept

Basis des ‚Alternativen Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzepts‘ bildet die Abschaffung aller bisherigen Steuerarten, Subventionen und politisch motivierter Eingriffe in das natürliche soziale, finanzielle und wirtschaftliche Verhalten der Bürger.

Ausgehend von dem Gedanken, daß sich der Konsum eines Bürgers zum einen an seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten, zum anderen aber auch an seinen individuellen Interessen und Sichtweisen orientiert, sollte stattdessen ein fünf-stufiges **Konsumsteuer-System** installiert werden. Entlastet wird damit, wer sich weniger leisten kann oder will, wohingegen derjenige, der eine Volkswirtschaft insgesamt höherwertig belastet, auch mehr für seine Lebensführung bezahlt. Daß dieses alternative Konzept nicht nur weitaus mehr Vorteile für sozial Schwächere böte, sondern die Wirtschaft insgesamt einen erheblichen Aufschwung nähme und gleichzeitig Tausende von Gesetzen und Verordnungen obsolet würden, wird schnell klar. Damit würde der in sämtlichen Ländern inzwischen völlig undurchdringliche Gesetzesdschungel enorm gelichtet. Um die dadurch entfallenden Subsysteme des Staates (auf allen Ebenen) und den damit verbundenen Abbau von öffentlich-rechtlichen Arbeitsplätzen muß sich niemand Sorge machen; mehr Kreativität und Gestaltungsfreiheit, niedrigere Produktions- und Handelskosten (= niedrigere Preise), höhere Löhne und eine bürokratische Entlastung in allen Lebensbereichen wären ein Lebenselixier für die Entstehung neuer Unternehmen und (damit) Arbeitsplätze. Für arbeitswillige Beamte und behördlich Bedienstete stünden also ausreichend neue Arbeitsplätze zur Verfügung. Sozial-, Wirtschafts-, Fiskal- und Währungspolitik entstehen also mithilfe der Kombination der nachfolgenden Konzepte „aus einem Guß“.

3. Alternatives Demokratie- und Rechtskonzept

Unterlegt werden müßte dies aber auch durch eine Restrukturierung dessen, was wir in allen Ländern Europas als *Demokratie* bezeichnen.

Demokratie setzt im klassischen Sinne zwei Dinge voraus:

- Zum einen muß der Entscheider über die entsprechende Sachkenntnis verfügen, um entscheiden zu können;
- zum anderen muß er von den Folgen der Entscheidung real betroffen sein.

Da diese beiden Voraussetzungen eine intellektuelle, emotionale und örtliche Nähe des Entscheiders voraussetzen, kann Demokratie denklogisch immer nur eine *lokale* Angelegenheit sein (demos = das Dorf, die kommunale Einheit).

Folgerichtig kann Demokratie auch nur ‚*von unten nach oben*‘ erfolgen, nicht umgekehrt, wie sie bisher in allen europäischen Ländern ‚*von oben nach unten*‘ (partei)politisch diktiert und oktroyiert wird.

Genau dies ist der Grundgedanke des nachfolgenden ‚**Alternativen Demokratie- und Rechtskonzepts**‘.

Alle hier unterbreiteten alternativen Konzepte fußen auf mehr als 40 Jahren Erfahrung als Selbständiger in der (Finanz-)Wirtschaft, vor allem aber auf geistiger, wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit.

Hieraus erwächst auch die Überzeugung, daß die dem EURO und der Eurozone ins Haus stehenden Probleme durchaus lösbar sind, sofern einerseits Fachkompetenz, andererseits ein unabhängiges Denken dahinter stehen.

Auf lediglich parteiideologischer Ebene und ‚par Ordre du Mufti‘ kann die EURO-Krise in all ihren Facetten nicht gelöst werden.

Eine andere Sicht auf die EURO-Krise

Prolog:

Will man die derzeitige EURO-Krise tatsächlich lösen, sind vorab einige grundsätzliche Gedanken notwendig, da es illusorisch (und völlig unsinnig) ist, eine Lösung der EURO-Krise – in Wahrheit eine Staatsschuldenkrise mit unterschiedlichen Aspekten und Schwerpunkten – *solitär* in wirtschafts-, fiskal- oder finanzpolitischen Denkfiguren zu suchen. Ein Staat (gleich, welcher Größe) ist ein Konstrukt sozial-, finanz-, wirtschafts-, steuer-, bildungs- und rechtspolitischer Entitäten und deren (untrennbarer) Interaktionalität und Verquickung. So macht es z.B. einen fundamentalen Unterschied, ob wir *Griechenland, Italien, Irland* oder *Deutschland* thematisieren, da sich bereits diese vier Länder in faktisch allen Belangen, die eine Volkswirtschaft ausmachen, erheblich unterscheiden.

- Während z.B. *Italien* in etwa ein ausgewogenes *Import-/Exportverhältnis* aufweist, liegt die *Importquote Griechenlands* dreimal höher als die *Exportquote*. Der Exportanteil langlebiger Wirtschaftsgüter beträgt im Falle *Deutschlands* fast 60%, der Anteil *Griechenlands* liegt hingegen bei etwa 28%. Dafür spielen der Export von Nahrungsmitteln, Agrarprodukten und vor allem der Tourismus in *Griechenland* eine weitaus größere Rolle als z.B. in *Frankreich* oder *Deutschland*.
- Höchst unterschiedlich sind auch die Strukturen der Einkommensarten sowohl der Euro-Länder als auch der EWU-Mitglieder nach Produktion, Handel und Dienstleistung.
- Letztlich unterscheiden sich die Länder der EURO-(Währungs-)Union in maßgeblicher Weise [Dauer des Erwerbslebens, Sozialversicherungswesen, quantitative Unterscheidung der Art der Einkommen (Angestellte/Arbeiter, Selbständigkeit, Beamte), bezüglich des Anteils im öffentlich-rechtlichen Dienst, klein- und mittelständischer Betriebe sowie nach Reproduktionsrate, Bildungsstand, Ausbildungstiefe, etc.].
- Bereits seit Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde es immer fragwürdiger (heute ist es de facto unmöglich), angesichts der internationalen Verflechtungen sowohl der wirtschaftlichen Aktivitäten (vor allem der Großkonzerne) als auch der internationalen Währungsströme (und damit der Abhängigkeit der Währungen von faktischen und spekulativ-getriebenen, z.T. manipulativen Entwicklungen der Währungen), von ‚*nationalen Wirtschaftsräumen*‘ zu sprechen. Nur (immer noch) *national* denkende Politiker sprechen von *singulären* Volkswirtschaften, während Banken und (Groß-)Konzerne, zunehmend auch mittelständische Betriebe, bezüglich ihrer Produktions- und Handelsketten mithilfe ausländischer Tochterunternehmen längst *international* denken und handeln, wobei sie die jeweils günstigsten Produktionsstandorte (u.a.) nach rechts- und fiskalpolitischen Voraussetzungen auswählen.

Gleichermaßen werden Gewinne und Verluste unter rechts-, währungs- und fiskalpolitischen Aspekten weltweit verlagert, was dazu führt, daß vielfach Gewinne in dafür günstigen Niedrigsteuerländern erklärt, Verluste aber in Hochsteuerländern deklariert werden.

All dies war bereits in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts bekannt und erkennbar, und absehbar war auch, daß sich diese Entwicklung noch steigern würde. Nicht zuletzt setzte unter den Ländern (nicht nur der EURO-Zone, sondern auch weltweit) ein regelrechter Wettbewerb um Neuansiedlungen von Produktions- und Handelsbetrieben ein, um damit das eigene Bruttoinlandsprodukt zu stärken, Arbeitsplätze zu schaffen, Steuern zu requirieren, die Infrastruktur zu verbessern und international wettbewerbsfähig zu bleiben/werden. So lockten Gemeinden mit unterschiedlichen Gewerbesteuersätzen und Länder mit „Ansiedlungs-Subventionen“. Hinzu kommen mehr als 100 unterschiedliche Mehrwertsteuersätze auf Produkte und Dienstleistungen in den verschiedenen Ländern der EURO-Zone.

Etwas ketzerisch bleibt dann anzumerken, daß bereits bei Schaffung der Euro-(Länder)-Union insofern erhebliche Faktoren (bewußt?) nicht berücksichtigt wurden, die dann geradezu zwangsläufig den Grundstein für die Probleme gelegt haben, die wir heute gewärtigen.

Nun ist es ein Merkmal der Politiker und Parteien in allen Ländern, die sich ‚demokratisch‘ nennen, daß sie ‚opportunistisch‘ und (damit zwangsläufig) ‚reaktiv‘ denken und handeln und damit in diametralem Gegensatz zu Unternehmern und Unternehmen stehen, die ‚kreativ‘ und ‚aktiv‘ darum bemüht sind, Chancen zu suchen und zu nutzen. Politiker (und Parteien) sehen sich dann regelmäßig dazu gezwungen – mit Blick auf die öffentliche Meinung, die nächsten Wahlen und damit opportunistisch – ‚auf geschaffene Fakten zu reagieren. Unter dem Rubrum (vorgeblich) ‚sozialer Verantwortung‘ versuchen sie, rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen zu schaffen, Kontrollmechanismen zu installieren und mit politischer Rhetorik die jeweils von Anderen geschaffenen Fakten halbwegs unter Kontrolle halten und regulieren zu können.

Genau das war auch das hauptsächliche Grundmotiv der Architekten eines ‚Vereinten Europas‘, auch wenn dies den Bürgern der Gründungs- wie auch der Beitrittsländer zur EURO-Zone und zum EURO völlig anders – Frieden, soziale Sicherheit, Ausschluß von Währungsrisiken, gleiche Bildungs- und Rechtsstandards, etc. – verkauft wurde. Man kann aber, und diese Haltung haben wir bereits Mitte der 90er Jahre vehement vertreten, völlig unterschiedliche Volkswirtschaften, Sozialstrukturen und Kulturalitäten nicht *zwangsweise* vereinen und unter einem gemeinsamen Steuer-, Finanz-, Währungs- und Sozialsystem gleichschalten.

Fakt ist: 12 Jahre nach seiner „Geburt“ fehlt es dem EURO *psychologisch* an Akzeptanz in der Bevölkerung, *funktional* an Flexibilität, *philosophisch* am sozialpolitischen und kulturellen Unterbau (keines der originären Kernländer befand über seine Einführung demokratisch), an jedweder legislatorischen Legitimation – inzwischen kommen 70% aller Gesetze aus Brüssel und Straßburg.

Der EURO-(Währungs-)Verbund gleicht einem Koma-Patienten, dem inzwischen das fünfte Herz, die sechste Lunge und die siebte Leber implantiert wurden und dessen Verweildauer auf der Intensivstation völlig ungewiß ist. Nur die Tatsache, daß seine „Bettnachbarn“ (US-Dollar, Yen, etc.) auch schwer atmen und am Tropf hängen, relativiert das Dilemma.

Insofern gibt es nur zwei Alternativen: Entweder man bekennt sich zu den falschen Prämissen, unter denen diese Pseudo-Union geschmiedet wurde, steigt aus dem bisher existierenden System vollkommen aus und ändert die Grundlagen einer gemeinsamen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion komplett, oder man versteift sich darauf, den bisher falschen Weg per Zwang und ohne Rücksicht auf die wachsenden Probleme (auf allen Ebenen) fortzusetzen.

Den *zweiten* Weg zu gehen, wäre insofern aber höchst gefährlich, als alle Versuche, künstlich zu vereinen, was völlig unterschiedliche Grundvoraussetzungen trägt, in den letzten 5.000 Jahren Menschheitsgeschichte früher oder später zum Zusammenbruch geführt haben; nur pars pro toto sei hier der Zusammenbruch der ‚sozialistischen Staatengemeinschaft‘ genannt; selbst eine auf den ersten Blick sehr sympathische und konformistische Idee wie die des Sozialismus/Kommunismus wurde in den betreffenden 43 Ländern derart unterschiedlich gelebt und interpretiert, daß die künstliche Vereinigung unter einem gemeinsamen „Ideal“ früher oder später zur Verweigerung der Bevölkerung, immer stärkeren Divergenzen und letztlich zum finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch dieses Systems führen mußte.

Gleiches wiederfuhr aber auch allen „Großreichen“, die in der Geschichte geschaffen wurden – ohne Rücksicht auf kulturelle, religiöse, historische und traditionelle Hintergründe und Entwicklungen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß bis heute eine offizielle Erklärung vonseiten der maßgebenden Politiker (und Parteien) fehlt, ob das „*Vereinte Europa*“ künftig gänzlich ohne *nationale Autonomien* auskommen soll, was einen Bruch sämtlicher nationaler Verfassungen bedeuten würde und damit nichts weniger als einem **Hochverrat** entspräche, worauf in einigen Ländern noch in jüngster Zeit sogar die Todesstrafe stand!

Insofern ist nachvollziehbar, daß kein führender Politiker einer Regierungspartei dies so offen wagt, anzusprechen, obwohl der künftige Verzicht auf national unterschiedliche Autonomien realistisch der einzige Weg wäre, die zwangsweise Konformisierung aller heutiger (und künftiger) EURO-(Währungs-)Länder in bisher begonnener Weise fortzusetzen.

Schon beinahe unerheblich bleibt dabei die Frage, wo ‚*Europa*‘ eigentlich geographisch beginnen und enden soll; *Rußland* – ein geographischer Begriff von 13 Zeitzonen – endet östlich am chinesischen Meer; 92% der *Türkei* liegen in Asien; 11 Mitglieder (und autonome Republiken) der GUS sowie einige osteuropäische Beitrittsländer/-kandidaten liegen teilweise oder komplett (süd)-östlich der fiktiven Grenze des Urals. Und was haben die überseeischen Gebiete *Frankreichs*, der *Niederlande* sowie *Großbritanniens* (Commonwealth) mit Europa zu tun?

Hinzu kommen die ehemaligen Kolonien Frankreichs in Afrika, die teilweise bis zur Einführung des EURO in der Kunstwährung CFA mit Frankreich (über ihre Konten bei der *Banque National de Paris*) abrechneten; die in Paris gehaltenen Konten sind bis heute weder saldiert, noch für die Zukunft geklärt.

Ein weiterer Aspekt ist die Frage, wie nicht nur die EURO-Krise innerhalb der Länder, die den EURO benutzen, und der Länder, die bereits der Union angehören, gelöst werden kann. Der EURO stellt heute bereits die zweitwichtigste internationale Leitwährung dar – es gibt mehr €-Scheine als \$-Scheine –, also auch die international auf EURO lautenden Verträge sowie die in EURO valuierten Einlagen und Kredite der internationalen Bankenwelt sind von einer jedwie gearteten Lösung der EURO-Krise betroffen. Auch hier haben die Banken (inkl. IWF und EZB) die nationalen Regierungen der EURO-Zone längst unter Kuratel („*too big to fail*“).

Insgesamt ist die Situation schier hoffnungslos verfahren, insbesondere dadurch, daß alle nationalen Regierungen tunlichst die Mentalität und Anspruchshaltung ihrer Wählerklientel im Auge halten, um nicht ihren Sturz gewärtigen oder soziale Unruhen befürchten zu müssen. Völlig uneins sind sich die Mitglieder der EURO (Währungs)Zone, ob man lieber weiter Milliarden drucken und Schulden anhäufen oder staatliche Leistungen (und Subventionen) kürzen oder aber die Steuern erhöhen sollte.

Mit all diesen Lösungsansätzen verbleiben die Diskutanten aber *im bestehenden* System, anstatt *außerhalb* des Systems nach Lösungen mit völlig neuen Denkmustern und nach ganz anderen Parametern zu suchen.

Systeme sind per se *lernunwillig* und *lernunfähig*. So sehr klar begrenzte und gültige Systeme – man denke an die Sprache (inkl. Grammatik, Orthografie, Semantik, Aussprache, etc.), den Straßenverkehr, Eßsitten – hilfreich und nötig sind, sind diese jeweils abgeschlossene Entitäten, installiert zu einem bestimmten Zweck, Sinn und Nutzen. Sie erfahren mitunter leichte Veränderungen und Neuerungen, bleiben in ihrer Grundsätzlichkeit aber stabil, gewahrt und dauerhaft. Sie stellen zwar auf einen generellen Nutzen für alle ab, dienen in ihrer Vorteilhaftigkeit aber bisweilen einigen mehr als anderen und werden von ihren Nutzern auch unterschiedlich stark benutzt (bisweilen auch mißbraucht).

Generell sind Systeme weder „gut“ noch „böse“; ihr sinnvoller Gebrauch (oder eben zielgerichteter Mißbrauch) obliegt den Bürgern¹ selbst und Interessensgruppen. Und eben um den Mißbrauch installierter Systeme in Politik und Medien, in Wissenschaft und Forschung, im Rechts-, Finanz-, Steuer- und Sozialwesen geht es bei der Frage der Sinnhaftigkeit, notwendiger Gesetze und Kontrollen, will man daran gehen, größere Entitäten zu schaffen, die allen darunter Vereinten mehr Vorteile und Nutzen als Nachteile und Schaden bringen.

Selbst unterstellt, daß die Mütter und Väter des EURO und eines Vereinten Europas die Vorteile eines vereinten Europas im Auge hatten, muß konstatiert werden, daß hierbei mit zu viel Zwang, aber zu wenig (historischer) Kenntnis und Rücksicht auf bestehende Unterschiedlichkeiten gearbeitet wurde. Entgegen der ursprünglichen Absicht – von den Gründervätern auch so postuliert –, *erst* eine Angleichung der Sozial-, Steuer- und Wirtschaftspolitik zu betreiben und *dann* auf diesen neuen Staatenbund mit einer gemeinsamen Währung den „Schlußstein“ zu setzen, entschied man sich angesichts der wachsenden Divergenzen und Probleme, den umgekehrten Weg zu gehen – in der naiven Hoffnung, eine gemeinsame Währung würde dann politische Fakten und genügend Gefühle der Gemeinsamkeit schaffen, um alles andere mithilfe entsprechender Kommissionen und Gesetze regeln zu können. Doch dieser Weg erwies sich als Irrweg, mit der Folge, daß eine dazu nie demokratisch legitimierte Behörde in Brüssel/Straßburg quasi das Oberkommando über inzwischen 28 höchst divergente Völker übernommen hat. Entsprechend gering ist auch die Zustimmung der Bevölkerung in den einzelnen Ländern, die ihre Souveränität, ihren eigenen Volkscharakter und ihre Lebensumstände nicht aufzugeben bereit sind. Mögen es die politischen EURO-Fanatiker in den einzelnen Parlamenten auch noch so gerne anders sehen, dies kann nicht die Basis für einen gemeinsamen (und auch derart empfundenen) Staatenbund sein.

¹ Eine Liebeserklärung und ein Fluch bedienen sich des gleichen Systems – der Sprache.

Wenden wir uns jedoch der ersten Alternative zu – dem völligen Ausstieg aus dem bisherigen System und einer *schematischen* Öffnung unter Einbezug aller dafür relevanter Faktoren –, so ergäben sich tatsächlich sinnvolle Alternativen, die es den einzelnen Völkern nicht nur interessant und hilfreich, sondern sogar in hohem Maße notwendig erscheinen ließen, gemeinsam stärker und effizienter, vor allem aber friedlich miteinander umzugehen und zu leben.

Darauf stellen die im Folgenden vorgestellten *alternativen Konzepte* ab, so revolutionär sie auf den ersten Blick auch erscheinen mögen.

Diese alternativen ‚*Wirtschafts-, Steuer-, Finanz-, Sozial- und Demokratie-Konzepte*‘ sind in den letzten Jahr(zehnt)en entstanden und fußen auf einem grundsätzlichen Gedanken: Entgegen der landläufigen Meinung von Parteien, die in der modernen Gesellschaft die Rolle des früheren Adels übernommen haben, können die unterschiedlichen Politikbereiche (Fiskal- und Rechtswesen, Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik) nicht unabhängig voneinander gesehen, gestaltet und betrieben werden – insbesondere nicht unter dem Aspekt (partei-)politischer Machtansprüche –, vielmehr wirken sie derart untrennbar auf- und ineinander, daß durch jeden Versuch, sie separat sehen und betreiben zu wollen, ein hohes Maß an Verwirrung und Ablehnung vonseiten der jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppe(n) geradezu vorprogrammiert (beabsichtigt?) sind.

Es gilt also, den Blick auf die Zusammenhänge, die ein kohärentes Miteinander unterschiedlicher Völker (und Volkswirtschaften) ausmachen, völlig neu zu sortieren, um ein möglichst einfaches, von allen verstehbares und nachvollziehbares neues System zu etablieren, mit dem sich auch möglichst jeder identifizieren kann, um innerhalb dieses Systems leben und arbeiten zu können.

Daß dies dem (macht)politischen Bestreben der Parteien in sämtlichen „demokratischen“ wie auch autoritär regierten Ländern erheblich zuwiderläuft – viele Subsysteme existieren überhaupt nur aufgrund der Probleme, die die Politik/die Parteien selbst kreiert haben – und nicht unbedingt einhellige Zustimmung finden wird, versteht sich von selbst; immerhin wird der Machtapparat, dessen sich die politischen Parteien bedienen, erheblich geschmälert, oder gar funktional außer Kraft gesetzt. Aber worum geht es den Politikern denn wirklich? Wollen sie auf Gedeih und Verderb ihre Macht behalten oder tatsächlich – wie sie dies auch mit ihrem Amtseid versprechen – dem Volk dienen und für Gerechtigkeit sorgen?

Wie sähen nun *alternative Konzepte* aus?

Ausgehend von der Prämisse, daß generell alles, was eine Nation, ein Volk, einen Staat ausmacht (siehe: Prolog), auf den Prüfstand gestellt, entflochten und von unsinnigen Inhalten befreit werden muß, und ebenso unter der Prämisse, daß nur eine derartige „entschlackte“ Politik dazu führen kann, unterschiedliche Bevölkerungen unter einem gemeinsamen sozial-, fiskal-, rechts- und wirtschaftspolitischen Dach zu vereinen, werden folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Um alle derzeitigen Währungs- und Schuldenprobleme zu lösen (und im Sinne einer *optimalen Neuordnung des Währungssystems*), gründen alle dazu bereiten Länder eine ‚*International Currency Union*‘ (*ICU*). Dieser können alle Staaten mit ihren Währungen beitreten, deren Bevölkerungen sie dazu demokratisch legitimieren.

Jedes derartig legitimierte Land bringt in die ICU einen Jahresbeitrag ein, der 1% seines Bruttoinlandsprodukts ausmacht.

Dieser ICU obliegt es, mit demokratischer Mehrheit zu beschließen, einzelnen Ländern Kredite zu gewähren, um damit ihre Schulden zu tilgen bzw. Anleihen aufzulegen. Die ICU kann ebenfalls Staats- und Kommunalanleihen erwerben und – ähnlich einer Börse – handeln.

Damit könnten z.B. auch diejenigen Länder, die sinnvollerweise die Europäische Währungsunion verlassen wollen, übergangsweise ihre bisher angefallenen Schulden begleichen, zu eigenen (alten oder neuen) Währungen zurückkehren und einen Neuanfang finden.

Ebenso könnten aber auch internationale Konsortien und private Firmen, – hierzu zählen u.a. auch Banken – Kredite und Bürgschaften bei der ICU beantragen.

Die daraus erwachsende Situation, daß in einem Land gleichzeitig mehrere Währungen existieren, muß niemanden erschrecken; in vielen Ländern der Welt kann man heute bereits problemlos in zwei oder sogar mehreren Währungen Waren und Dienstleistungen bezahlen.

2. Natürlich wären die Auswirkungen auf die Staatsverschuldung, private Ersparnisse und Inlandshypotheken, aber auch den Interbankenhandel, die wechselseitigen Beziehungen zwischen einzelnen Ländern und transnationale Verbände wirtschafts- und währungspolitischer Art dramatisch. Dabei muß aber bedacht werden, daß wir uns – weltweit, in nahezu allen Ländern der OECD, in denen feste wirtschafts- und sozialpolitische Strukturen bestehen – in dieses Dilemma hineinmanövriert haben, bzw. zuließen, daß dies die uns „*demokratisch-legitimierten*“ Parteien und Politiker bedenkenarm und hemmungslos über Generationen (und Wahlperioden) hinweg taten.

Sicherlich sind ein Umdenken und ein daraus resultierender Neuanfang nicht schmerz- und kostenfrei zu bewerkstelligen. Noch viel unsinniger wäre es jedoch, das alte, marode und in einigen Ländern bereits staatsgefährdende System – in vielen Ländern stehen erhebliche soziale Unruhen bevor – auf Biegen und Brechen und mit Milliarden und Billionen zu verteidigen. Das entspräche dem Versuch, einen randalierenden Alkoholiker mit weiteren Drinks ruhig zu stellen.

Daß eine Lösung der EURO-Krise – egal welches Land im EURO (Währungs)-Verbund bleibt oder austritt –, ohne scharfe Einschnitte und sogar Verluste – für Privatinvestoren, Banken und staatliche Aerars – schlicht nicht möglich ist, muß jedem halbwegs intelligenten Menschen einleuchten. Wer hier nach der „Quadratur des Kreises“ sucht und glaubt, bis dahin in alter Manier fortfahren zu können, handelt verantwortungslos und aberwitzig.

Spätestens jetzt, angesichts der exorbitant hohen Schulden der meisten westlichen Länder wie auch der nicht-europäischen Industrienationen und Schwellenländer sowie der abenteuerlichen Beträge, mit denen inzwischen operiert wird – das wahre Ausmaß wird ja erst demjenigen klar, der nicht nur die *expliziten*, sondern auch die *impliziten* Schulden (staatliche Verpflichtungen für Renten und Pensionen) in seine Überlegungen einbezieht – kommt faktisch kein Land darum herum, sein gesamtes Steuer-, Finanz- und Sozialsystem nebst der damit verbundenen Rechtsvorschriften und Gesetze auf völlig neue Füße zu stellen, um künftig überlebens- und wettbewerbsfähig zu bleiben (bzw. wieder zu werden).

Durch die Verlagerung bilateraler Finanz- und Handelsverträge auf die ICU – gegen eine Handelsgebühr von z.B. (je nach Fall) 2 bis 5% –entfielen mithin auch Staatshaftungen für marode, aber „systemrelevante“ Banken und die damit verbundene politische Erpreßbarkeit. Das bedeutet: Für (Landes-)Banken und (Groß-)Konzerne, die sich in Wertpapiergeschäften (inkl. Derivaten, Futures, Optionen, Swaps, etc.) verspekulieren, werden künftig nicht mehr Steuerzahler in die Haftung genommen, sondern die Handelspartner selbst, bzw. die ICU.

Der marodierende Handelspartner würde dann schlicht abgewickelt.

Es ist nämlich den Bevölkerungen nicht vermittelbar, daß ausschließlich *sie* die Zeche zahlen und für Fehler von Regierungen anderer Länder eintreten müssen.

Daran ändern auch alle neuen Stabilitäts- und Wachstumspakte (ESFS, EFSF, ESM, Soffin, Solvency III, FSB), das ‚Fiscal-Sustainability‘-Konzept der OECD oder die nächsten Eigenkapitalerhöhungen für Banken („Solvency IV“) nichts; die Bürger glauben weder den Politikern, noch vertrauen sie den Banken, die sich ja gegenseitig auch nur noch mißtrauen.

Ängstlich werden die Zinsen der Zentralbanken auf Rekord-Niedrigstständen gehalten, da jedem halbwegs versierten Bürger – allen voran Politikern – klar sein muß, was geschähe, wenn sich die Leitzinsen und die Handelszinssätze auch nur um 1 oder 2% nach oben verschöben. Dann geriete nämlich die *Staatsschuldenkrise*, um die es sich in Wahrheit handelt, völlig außer Kontrolle.

Nun zur praktischen Vorgehensweise in alternativer Form:

Praktische Umsetzung:

Schuldner eines Landes, die den Raum des bisherigen EURO verlassen, bieten ihren Gläubigern folgende Optionen (finanziert über die ICU) an:

- A) einmalig 50% der Schuld in der *neuen Währung IC (International Currency)*² oder
- B) 5 Jahre 15% des ursprünglich geschuldeten Betrages oder
- C) 10 Jahre 8% oder
- D) 20 Jahre 5% oder
- E) 30 Jahre 4 %,

wobei sich die Quoten B) bis E) ausschließlich auf die Schuld beziehen, also keine Zinsen bezahlt werden.

Jedem Gläubiger bleibt es überlassen, für welche Variante er sich entscheidet. Die ICU kann dann also A-, B-, C-, D- oder E-Anleihen emittieren.

Als Garant für die Rückführung dieser Schulden verbürgt sich die ICU, sofern (und solange) das Schuldnerland Mitglied der ICU ist.

² Ein internationaler Währungskorb, der die einzelnen Landeswährungen unabhängig (täglich/wöchentlich) bewertet. Die bisherige, eine nahezu weltweite Dominanz des US-\$ oder jeder anderen Währung (und deren politische Wirkungen!) entfielen damit.

In gleicher Weise können auch (Hypotheken-)Banken und international agierende Konzerne sowohl als Gläubiger als auch als Schuldner der ICU beitreten, wobei die Jahresgebühr ebenfalls 1% der Bilanzsumme dieser Unternehmen beträgt. Damit sind Staaten der unsinnigen Pflicht enthoben, aus dem nationalen Aerar Banken zu stützen/retten, die *international* agieren. Ganz nebenbei führte dies dazu, daß Banken in ihrem Drang, möglichst viele Geschäfte im Interbankenhandel zu betreiben und als Devisenspekulanten oder im High-Frequency Trading zu arbeiten, eingeschränkt, bzw. gezwungen wären, wesentlich vorsichtiger zu agieren, als dies bislang der Fall ist. So entfielen beispielsweise die vielerseits geforderte Währungs-/Spekulationssteuer (, *Tobin*-Steuer) auf den Handel mit Finanzderivaten und Währungen.

Auf diese ICU könnten mithin alle (bisher oder künftig abgeschlossenen) internationalen Verträge übertragen werden – gegen eine gewisse Gebühr, vergleichbar einer Inkasso-Organisation –, egal, ob sie auf EURO, US-Dollar oder eine andere Währung lauten. Gleichzeitig hätte dieses Vorgehen den enormen Vorteil, das (inter)nationale Bankenwesen zu stabilisieren und auch in diesem Markt wieder für fairen Wettbewerb zu sorgen.

[In welchem Maße nationale Politiken und ganze Staaten, letztlich sogar der gesamte EURO-(Währungs)Verbund und das internationale Währungsgefüge längst zur manipulativen Spielmasse der Banken (private, aber auch Landesbanken) wurde, ist beispiellos.

Pro Tag werden rund 5 Billionen US-Dollar in Finanztransaktionen unterschiedlicher Art um den Globus gejagt. Das sind pro Jahr rund 1,8 Billionen US-Dollar. Bei einem Welt-Bruttosozialprodukt von rund 65 Billionen US-Dollar bedeutet dies, daß beinahe 97% des internationalen Finanzvolumen-Transfers nicht das Mindeste mit jeglicher realer Wertschöpfung (Produktion, Handel, Dienstleistungen) zu tun haben! Dieser Zustand hat sich in den letzten 20 Jahren exponentiell entwickelt und droht im Zuge immer raffinierterer Algorithmen (, *high-frequency-trading*) apokalyptische Ausmaße anzunehmen.]

Damit wären die derzeit im Raum stehenden und von vielen Ängsten begleiteten Probleme eines Übergangsprozesses klar geregelt und entzogen sich künftig allen politischen Spekulationen und Manipulationen.

Mithilfe dieser politisch von keinem einzelnen Land und keiner einzelnen Währung abhängigen Institution, der *International Currency Union*, würden öffentlich-rechtliche Institutionen (Staaten und Gemeinden), aber auch Banken und Konzerne, zu wettbewerbsfähigen Handelspartnern, ohne daß ein (stärkeres) Land ein anderes (schwächeres) Land wirtschafts- oder währungspolitisch manipulieren oder erpressen könnte.

Ebenso wenig könnte ein international agierender Großkonzern durch Verlagerung seiner Produktions- oder Handelsströme und damit verbundene Arbeitsplätze, die abgebaut oder geschaffen werden, Druck auf nationale Politik ausüben. Letztlich würden aber auch die Bürger/Steuerzahler einzelner Länder nicht mehr zur beliebigen Spielmasse für politische Parteien und Regierungen (Stichwort: aktive und passive finanzielle Korruption).

Sowohl zur „Entschlackung“ der unterschiedlichen Währungs- und Handelsströme, der damit verbundenen Rechtssysteme sowie der unterschiedlichen Steuer- und Abgabensysteme in den einzelnen Ländern wäre anzuraten, das ‚*Steuer-, Finanz- und Sozialsystem*‘ der einzelnen Volkswirtschaften auf völlig neue Füße zu stellen.

Hierzu empfehlen wir folgende Grundzüge eines ‚**Alternativen Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzeptes**‘:

Grundzüge eines ‚**Alternativen Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzeptes**‘

A. Grundgedanken

1. Das gesamte Steuersystem muß entrümpelt, völlig neu konzipiert und in einfacher, klarer, für jeden Bürger verständlicher Form neugestaltet werden.
2. Leistung – im Sinne einer produktiven, das Sozialwesen fördernden Form – muß sich wirtschaftlich lohnen.
3. Der Staat muß sich – und dies auf allen Ebenen – auf *die* Bereiche zurückziehen, die seiner originären Bestimmung entsprechen. Unter das Rubrum „*Hoheitsrecht*“ haben nur noch die Bereiche zu fallen, die nicht eigenverantwortlich von jedem Bürger oder privatwirtschaftlich erledigt und versorgt werden können. Dies betrifft ausschließlich
 - a) die Verteidigung nach innen und außen (wobei der Personen- und Objektschutz überwiegend privatwirtschaftlich organisiert werden kann),
 - b) das Rechtswesen und
 - c) das Steuerwesen.

Alle anderen Bereiche – inkl. *Wissenschaft und Forschung, Bildung und Schulen, das Gesundheitswesen und die Sozialversicherung* – können privatwirtschaftlich wesentlich effizienter und wettbewerbsorientierter erledigt und – weil in Konkurrenz stehend – preisgünstiger von privatwirtschaftlicher Seite übernommen werden.

B. Umsetzung

Alle Steuern, mit zwei Ausnahmen, werden abgeschafft. Das gesamte Steueraufkommen erwächst aus

1. einer fünfstufigen **Konsumsteuer** und
2. einer **Besitzsteuer**, die innerhalb eines Zeitraums von etwa 25 Jahren auf Null reduziert werden könnte.

Zu 1.: Die **Konsumsteuer** wird in folgende „Einzelbereiche unterteilt“:

- a) **Lebenswichtige Grundgüter mit einem K-Steuersatz von 0 %**
Dazu gehören alle Güter und Dienstleistungen, die der Vorsorge für Gesundheit und Alter sowie die Fährnisse des Lebens dienen – sowohl für die eigene Person als auch für Familienmitglieder. Darunter fallen sämtliche *Vorsorgeaufwendungen*, also *Kranken-, Lebens-, Unfall-, Renten- und Haftpflichtversicherungen*.
Ebenfalls in diese Kategorie null-besteuert Güter fallen alle *Grundnahrungsmittel* wie Brot, Butter, Käse, Margarine, Wurst, Reis, Mehl etc. – also Lebensmittel, die jeder Bürger gleichermaßen zum Erhalt seiner Gesundheit benötigt. Bei Licht betrachtet stellt nämlich die Tatsache, daß alle Menschen – ob arm oder reich – in etwa die gleiche Menge derartiger Grundnahrungsmittel verzehren, heutzutage insofern einen höchst unsozialen Tatbestand dar, als deren Preis für Personen mit niedrigen Einkommen im monatlichen Budget prozentual weit höher zu Buche schlägt als für Bezieher hoher Einkommen.
- b) **Normalgüter mit einem K-Steuersatz von 20%**
Hierunter fallen alle einfachen Konsumgüter, die zu einem *normalen* Leben gehören, also z.B. Haushaltsgegenstände, Gebrauchs- und Wirtschaftsgüter des täglichen Lebens sowie Textilien, Bücher und Gerätschaften „normalen“ Durchschnitts.
- c) **Gehobene Wirtschaftsgüter mit einem K-Steuersatz von 40 %**
Hierunter fallen alle Güter in gehobener Ausführung, die nicht unmittelbar als *Grundnahrungsmittel* oder *Normalgüter* zu klassifizieren sind. So gehört z.B. ein Kleinwagen zu den Gütern gemäß b), während ein gehobener Mittelklassewagen in die Kategorie c) fielen. Normale Sportschuhe fielen unter Kategorie b), während hochwertige (luftgefederte und speziell genoppte) Sportschuhe unter Kategorie c) zu subsumieren wären.
- d) **Luxusgüter mit einem K-Steuersatz von 60 %**
Hierunter fallen z.B. Luxuswagen (etwa mit mehr als 200 PS), Luxus- und Zweitwohnungen, Schmuck und Edelmetalle.
- e) **Ressourcen- und Energie-Steuer mit einem variabel hohen K-Steuersatz**
für Güter, deren Produktion und Entsorgung Natur und Umwelt erheblich belasten – z.B. fossile und Kernbrennstoffe, Elektroschrott, nicht-abbaubarer Verpackungsmüll u.ä.

Vorteile dieses Konsumsteuer-Konzeptes:

1. Sämtliche Waren und Dienstleistungen verbilligten sich erheblich, da Sozialabgaben, Lohn- und Mehrwertsteuern entfielen.
2. Gleichzeitig erhielt jeder Arbeitnehmer zwischen 30% und 80% (je nach Land und Tätigkeit) mehr an Nettolohn.

3. Selbst Waren und Dienstleistungen mit dem höchsten K-Steuersatz wären billiger als heute (und damit auch wieder international konkurrenzfähig). Hierzu ein (deutsches) Beispiel:
Ein Mercedes der Spitzenklasse kostet heute in etwa € 200.000. Darauf werden (z.Zt.) 19% Mehrwertsteuer fällig. Endpreis: € 238.000. Entfielen für dieses Unternehmen die bisherigen Steuern (auch die versteckten) und Sozialabgaben, die das Produkt dieser Firma mit umgerechnet etwa 80% der reinen Produktionskosten belasten, so könnte dieser PKW für ca. € 110.000 netto und inkl. einer 60%igen Luxussteuer für brutto € 176.000 zum Verkauf angeboten werden. Das bedeutet, daß selbst Waren und Güter der Kategorie d) im Durchschnitt zu einem um 26% niedrigeren Preis angeboten werden können.
4. Jeder Bürger hätte die freie Wahl, ob er sich privat in allen Bereichen der heutigen Sozialversicherung und der privaten Versicherungs-wirtschaft absichert, oder ob er sich einer staatlichen Renten-, Kranken-, Erwerbs-/ Berufsunfähigkeitsversicherung etc. anschließen möchte. Hierbei hat jeder Bürger eine *Mindest-Versicherungspflicht* zu erfüllen, wodurch gewährleistet wäre, daß sich niemand ins „Netz“ der staatlichen sozialen „Hängematte“ fallen läßt. Über die Grundversicherung hinausgehende private Absicherungen sollten unter die Kategorie a) fallen.
5. Im „Gegenzug“ entfielen auch grundsätzlich alle *Subventionen, Freibeträge, Freigrenzen* und *Steuervergünstigungen*, derer sich heute ja ohnehin vornehmlich diejenigen bedienen, die sich dies – durch entsprechende abschreibungsfähige Anschaffungen – leisten können. Bei Licht betrachtet stellen nämlich nahezu alle Steuervergünstigungen *per se* eine eklatante Schlechterstellung derjenigen dar, die darauf keinen Zugriff haben.

Der Grundgedanke dieses „**Konsumsteuer**“-Konzeptes ist der, daß von allen Menschen nahezu gleichermaßen benötigte Güter – nach dem Grundprinzip *sozialer Gerechtigkeit* – jedem Bürger auch gleichermaßen zur Verfügung stehen sollen, während diejenigen, die sich nach ihrem Einkommen/Vermögen höherwertige oder Luxusgüter leisten können (und möchten), auch in entsprechend höherem Maße zum notwendigen Steueraufkommen des Staates beitragen sollen. Da aber selbst die höchstbesteuerten Luxusgüter durchschnittlich weit billiger wären, als dies heute der Fall ist, würde niemand teure Waren im Ausland erwerben wollen.

Generell muß gelten: Wer sich höherwertige Güter und Luxus leistet, beansprucht die Leistungsfähigkeit der gesamten Sozialgemeinschaft auch mehr. Er sollte folgerichtig auch für höherwertige Leistungen dementsprechend mehr bezahlen. Dies ist die gerechteste und sozialste Besteuerung für eine Sozialgemeinschaft, in der es immer (und allen Utopien zum Trotz) ärmere und reichere, weniger oder besser verdienende Bürger geben wird.

Zu 2.: **Besitzsteuer**

Die Besitzsteuer auf vorhandene (ruhende) Vermögen ist eine Übergangssteuer während des Systemswechsels für die Dauer von ca. 25 Jahren³, wobei im Gegenzug alle Freibeträge entfallen würden. Sie dient der Bewertung und Versteuerung von Gütern, die sich derzeit in Privatbesitz befinden und nicht durch die Konsumsteuer erfaßt würden (z.B. große Vermögenswerte, Immobilien, Grund und Boden, langlebige Wirtschaftsgüter und Produktionsmittel, etc.). Dadurch wird gewährleistet, daß Kapital oder große Besitzstände nicht über Jahre hinweg der Sozialgemeinschaft entzogen werden. Da diese Besitzstände durch Verkauf oder Vererbung nach und nach durch die Konsumsteuer erfaßt werden, kann die Besitzsteuer im Laufe von ca. 25 Jahren sukzessive gegen null abgesenkt werden. Auch Vermögens-, Schenkungs- oder Erbschaftssteuern sind damit hinfällig.

C. Folgen einer derartigen Konsum- und Besitz-Besteuerung

1. Das Konsumsteuer-System stellt eine gerechtere Besteuerung dar, denn insbesondere junge Familien und sozial schwache Bürger werden spürbar entlastet, da viele Güter zur Grundversorgung deutlich weniger besteuert werden. Wer sich mehr leisten will und kann, gibt dafür auch mehr an die Sozialgemeinschaft ab.
Dies beträfe vor allem schwächere Einkommenschichten in den unterschiedlichen Ländern – speziell in den Ländern, die mit einem Ausstieg aus der EURO-Zone liebäugeln, andererseits aber befürchten, daß eine Abwertung ihrer dann neuen Währung zu einer drastischen Verschlechterung der Lebensverhältnisse großer Teile ihrer Bevölkerung führen würde. Hier wirken also die währungspolitischen Maßnahmen (**ICU** und **IC**) und eine alternative Strukturierung der Produktions- und Warenströme (und deren Preisgestaltung) in Kombination.
2. Durch den Wegfall sämtlicher Subventionen, Steuervergünstigungen und Abschreibungsmodelle würde auch automatisch ein gerechteres soziales Gleichgewicht hergestellt. Schwarzarbeit, Steuerflucht und -hinterziehung wären nicht mehr lukrativ.
3. Der „*schlanke*“ und auf seine wirklichen Aufgaben reduzierte *Sozialstaat* wäre großer Teile seines immensen Verwaltungsapparates (öffentlich-rechtlicher „Wasserkopf“) enthoben und könnte sich dann tatsächlich auf die Unterstützung derer beschränken, die es wirklich nötig haben: Arme, Kranke und sozial Schwache.
4. Die Vorsorge für Krankheit und Alter ginge grundsätzlich wieder in den Verantwortungsbereich des Einzelnen über. Eigeninitiative und Leistung würden wieder honoriert und die Soziallasten für künftige Generationen wieder tragfähig gestaltet und langfristig finanzierbar.

³ Erfahrungsgemäß werden ruhende Vermögen innerhalb dieses Zeitraums komplett umgeschichtet.

5. Der Einsatz finanzieller Mittel, der Erwerb und der Aufbau von Unternehmungen würden wieder rentierlich und wirtschaftlich überschaubar. Die durch dieses Steuerkonzept „arbeitslos“ werdenden Verwaltungsangestellten und -beamten wären ohne Probleme im Markt unterzubringen.
6. Durch entfallende Steuern und Sozialabgaben entstehende Senkung der Produktions- und Dienstleistungskosten sowie das sinkende Unternehmerrisiko würden neue, dauerhafte Arbeitsplätze schaffen. Die Preise für sämtliche Produkte und Dienstleistungen würden zwischen 25 und 80% sinken – je nach Kategorie und Land. Jede Motivation zur „Aussiedlung“ von Produktionsstätten ins Ausland und für den „Transfer“ von Gewinnen in steuergünstigere Länder entfielen damit. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit stiege gewaltig, die Arbeitslosigkeit sänke sehr rasch.
7. Bildung und Schule, Forschung und Wissenschaft, Gesundheitswesen und Sozialversicherung werden langfristig weitgehend privat betrieben.
8. Zur Reprivatisierung staatlich geführter Betriebe:
Eindeutig bewiesen ist, daß viele staatliche Unternehmungen (Krankenhäuser, Müllhalden, Gärtnereien, Molkereibetriebe, Schlachthöfe, Arbeitsvermittlung, etc.) privat wesentlich effizienter und billiger geführt werden könnten.
9. Der Bürger – ob angestellt oder selbständig tätig – hätte nachvollziehbare Klarheit, was wiederum dazu beitrüge, das Vertrauen in den Gesetzgeber und die Steuergerechtigkeit wieder herzustellen.
Arbeitsbereitschaft und -freude würden enorm wachsen, das Sozialverhalten sich verbessern, die Drogen-, Alkohol- und Kriminalitätsrate (vor allem bei Jugendlichen) könnte drastisch abgebaut werden, und das Gesundheitswesen würde entlastet.

Diese Systemänderung ist natürlich nicht „über Nacht“ einsetz- und verwirklichtbar, sondern muß mit einer „Inkubationszeit“ von ca. drei bis fünf Jahren erfolgen. Dies kann jedoch kein Diskussionspunkt sein: Was die personelle Reduzierung des Verwaltungsapparates anbelangt (Einstellungsstop bei Beamten, Abbau unnötiger werdender Bürokratien, etc.) sowie die graduierliche Entlastung der Sozialbudgets, ist hier in Zeiträumen von 20 - 25 Jahren zu rechnen. Aber begonnen werden muß heute.

Grundzüge eines ‚Alternativen Rechts- und Demokratie-Konzeptes‘

A. Grundgedanken

Haben wir uns bisher mit alternativen Konzepten zur *Sozial-, Fiskal-, Wirtschafts- und Währungspolitik* befaßt, so bedarf es aber auch noch eines alternativen *Rechts-*Rahmens, in den alles vorher Ausgeführte, vor allem aber auch die Bürger selbst, eingebunden werden müßten, um eine solide Grundlage für künftiges Wachstum und Wohlstand der aktuellen Mitgliedsländer, aber auch der Bürger von Ländern, die aus der EURO-Zone austreten wollen, zu schaffen.

Das Bestreben von Politikern und Parteien sowie von diesen errichteten nationalen und transnationalen Behörden und „Demokratien“, auf nahezu alle Belange der Bürger und in alle Bereiche ihres Lebens zuzugreifen und diese ‚staatlich zu regulieren‘, muß ein Ende finden. Hier liegt nämlich der Grund dafür, daß die Bürger praktisch aller Länder zunehmend politik-müde und polit-abstinent denken und handeln. Je mehr sich Lethargie und Resignation breitmacht und die Abkehr von der Solidargemeinschaft in gleichem Maße zunimmt wie der Egoismus jedes Einzelnen, droht der Staat als Solidargemeinschaft zu zerbrechen – was weder durch zusätzliche Gesetze und Verordnungen, noch durch ständig verschärfte Kontrollen, Zwänge und Appelle korrigiert werden kann.

Wichtig ist dabei die Bereitschaft der Politiker, nicht länger ihre Bevölkerungen zu entmündigen, bürokratisch und gesetzlich zu vergewaltigen und zu kujonieren, sondern stattdessen – wie dies ja viele Politiker tagtäglich äußern – den Bürger wieder zu mehr Eigenverantwortlichkeit und einer kreativen Gestaltung seiner Arbeits- und Lebenswelt zu motivieren.

Sämtliche Regierungen aller EURO-Länder bezeichnen sich als *demokratisch* und „begründen“ damit ihre „Legitimation“, ohne weitere Rücksprache mit den Bürgern ihrer Länder, die jeweiligen Verfassungen zu verletzen oder gar partiell außer Kraft zu setzen. Dies spottet der Behauptung, die Bürger der EURO-Zone lebten in *Demokratien* übel Hohn.

Aber abgesehen davon, daß die Politiker aller EURO-Länder (und weltweit) tatsächlich gelebter Demokratie bei allen wichtigen Entscheidungen zuwider handeln, stellt sich die Frage, wie *demokratisch* ein ganzes Land (und noch viel mehr eine Gruppe von Ländern) überhaupt regiert werden kann.

Wie *demokratisch* kann denn selbst ein dazu bereiter Bürger über Einzelverhalte entscheiden, die er weder kennt, noch in seinem Lebenshorizont hält, bzw. von den Auswirkungen seiner demokratischen Entscheidung überhaupt betroffen ist? Wie soll also ein Ire *demokratisch* mitentscheiden, ob über den Rhein eine neue Brücke gebaut oder in Pisa der Turm gestützt werden soll?

So unsinnig diese Frage scheinen mag: Will man *Demokratie* tatsächlich leben (und nicht nur opportunistisch im Munde führen), kann deren Aufbau – anders als bislang weltweit praktiziert – nur von unten nach oben erfolgen. Wirklich gelebte *Demokratie* kann immer nur auf lokaler, regional-begrenzter Ebene erfolgen, da jede demokratische

Entscheidung zum einen die Kompetenz der Entscheider, zum anderen die Betroffenheit von den Folgen einer Entscheidung voraussetzt.⁴

In diametralem Gegensatz zu dieser logischen These bezeichnen sich heute ganze Länder und (Teil-)Kontinente als *demokratisch*, was schlechterdings nur als Unsinn oder Fiktion gesehen werden kann, denn in Wahrheit handelt es sich um ‚*institutionelle Parteiendiktaturen*‘, die à priori postuliert und sukzessive ausgebaut und systemisch verfestigt werden. Kein Bereich des öffentlichen Lebens – Medien, Rechts- und Finanzwesen, Bildung, Wirtschaft, Logistik, Transport, Bauwesen, Information sowie Post- und (Tele)Kommunikation, selbst Lotterien und weite Teile der Industrie –, der nicht parteipolitisch besetzt und kontrolliert wird. Der „demokratische“ Staat ist längst mehrheitlich bis gänzlich ins „Eigentum“ der regierenden Parteien und des Staates übergegangen.

In gleichem Maße werden damit aber die Bürger ihrer Eigenverantwortung immer mehr beraubt und gesellschafts-, wirtschafts-, bildungs- und sozialpolitisch entmündigt und (partei-)politisch vereinnahmt.

B. Umsetzung

Alternativ sollten sich alle drei Gewalten – *Gesetzgebung (Legislative)*, *Verwaltung (Exekutive)* und *Gerichtsbarkeit (Judikative)* – in *örtlichen* Angelegenheiten ausschließlich auf lokaler und regionaler Ebene abspielen. Betriebliche Angelegenheiten sollten sich gleichermaßen im firmeninternen Kontext abspielen, was natürlich gleichzeitig mit einer Entmachtung der Gewerkschaften und der Abschaffung des Tarifrechts, hingegen einer Stärkung der Belegschaft via Betriebsrat verbunden wäre. Nicht mehr die Parteien und Gewerkschaften, Kirchen und Konzerne sollten den Staat beherrschen, sondern die demokratischen Strukturen der einzelnen Bürgerschaften (*demoi*) mit ihren nach plebiszitären Prinzipien entsandten Vertretern.

Eine derartige Abkehr von bislang gepflegter Pseudo-Demokratie eröffnete menschlicher Kreativität, gesellschaftlichen Initiativen und individuellem Unternehmergeist ungeahnte Möglichkeiten. Die Menschen wären in die Lage versetzt, über die Grundausrichtung der Meinungs- und Willensbildung innerhalb ihrer eigenen Bürgerschaft frei und maßgeblich mitzubestimmen und zu entscheiden, was das Gegenteil der parteigelenkten Scheindemokratie darstellte.

Wie sähe dies im Einzelnen aus? Aus der selbstverschuldeten Misere – der zunehmend entmündigte Bürger läßt den Staat, i.e. die Parteien, hilf- und einspruchslos gewähren – gibt es nur einen Ausweg, der allerdings mit epochalen Veränderungen einherginge und damit grundsätzliche Auswirkungen auf das gesamte, bisher vertretene (und verteidigte) Staatsverständnis zeitigt:

Der den Bürgern übergestülpte schein-demokratische und pseudo-soziale Staat als Entität hat endgültig ausgedient; wirtschaftspolitisch ist dies ohnehin längst der Fall.

Davon abgesehen, daß es weltweit keinen einzigen *real-demokratischen* Staat gibt, wird es künftig auch keinen ‚*Sozialstaat*‘ mehr geben. Davon legen die weltweit

⁴ Die Demokratie im antiken Athen währte nur knapp 150 Jahre, weil die Athener meinten, mit dieser Idee ihre Nachbarländer usurpieren zu müssen.

kollabierenden Sozialversicherungen beredt Zeugnis ab. Sämtliche Belange, die unter *Sozialpolitik* zu subsummieren sind, können allenfalls Angelegenheit *kommunaler/ regionaler* Entitäten sein. Dementsprechend muß das ‚*Sozialprinzip*‘ auch wieder redelegiert werden, nämlich auf kleine, realiter auch *demokratiefähige* Einheiten (*,demoi‘*), die den sozialpolitisch notwendigen Bedürfnissen ihrer Bürger auch regelmäßig sinnvoller, bürokratieärmer und effizienter entsprechen könnten. In derartigen demokratischen Bürgerschaften entstünde dementsprechend auch wieder eine *soziale* Kultur im Sinne nachbarschaftlicher Hilfe, denn wirkliche Sozialität und Solidarität setzen persönliche Beziehungsnähe voraus. Die jeweiligen Führungspersönlichkeiten würden wieder nach Kompetenz und Erfahrung gewählt werden, nicht als Folge parteiinterner Karrieren und Machtkämpfe. Das Verantwortungsbewußtsein des Einzelnen gegenüber den anderen Mitgliedern seiner Solidargemeinschaft wüchse rasch und homogen. Pseudo-soziale Verwerfungen und Perturbationen entfielen per se. *Soziales* Verhalten gedeiht nur auf dem Boden von Nähe, persönlicher Verhältnisse und gleicher Ziele, Interessen und Belange, nicht jedoch per gesetzlichen Zwang bei wachsender unpersönlicher Fremdheit. Gerade Kriminalität ist ja zumeist die Folge von Entfremdung und sozialer Instabilität. Jeder nimmt sich, was er greifen kann.

Um diesen Zustand real gelebter *Sozialität, Solidarität* und *Demokratie* zu ermöglichen, müßten jedoch die bislang in allen westlichen Ländern herrschenden Parteien ihre angestammten Machtbefugnisse, politischen Pfründe und Privilegien opfern und den Kommunen (*,demoi‘*) völlige Autonomie und Autarkie gewähren. Dies beinhaltet auch die uneingeschränkte Freiheit darüber, wie diese ihr Gebiet sozialsteuer-, rechts- und wirtschaftspolitisch entwickeln, in welcher Weise sie sich im zunehmenden Wettbewerb unter den einzelnen Kommunen aufstellen, was letztlich auch die Entscheidung darüber einschließt, mit welcher Währung sie kommunal oder überregional ihre wirtschaftlichen Abläufe unterlegen. Es bliebe dann auch den Gemeinden überlassen, welche Bedingungen sie an einwanderungswillige Bürger und Unternehmen stellen und wie sie ihre territorialen Umstände regeln möchten.

[Wer diesen Gedanken mit der Kritik begegnet, dies stelle einen Rückfall in die *Kleinstaaterei* des europäischen 18. und 19. Jahrhunderts dar, dem sei entgegnet: Dieser Begriff bezeichnet eine Ära in der Geschichte Europas, in der Hunderte von Feudalherrschern autokratisch über ihre Fürstentümer, Baronate und Grafschaften befanden. Von *demokratischen* Gemeinschaften, wie oben ausgeführt, konnte dabei gar keine Rede sein.]

Die Zukunft war noch nie aufzuhalten, sie wird nur bisweilen verzögert (und verschlafen), weil wir in der Ängstlichkeit vor Veränderungen verharren und der Glaube, die Einsicht und der Wille fehlen, ihr neugierig und interessiert zu begegnen. Wir sollten den Mut entwickeln und lernen, uns ihr – auch im Sinne und in der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen – zu stellen, um sie sinnstiftend und friedvoll zu gestalten und zu erleben. Genau in diesem Sinne fußt dieses ‚*Alternative Demokratie-Konzept*‘ darauf, eine real-lebbare ‚*Demokratie von unten nach oben*‘ zu entwickeln.

Grundvoraussetzung für eine ‚*gelebte Demokratie*‘ ist, daß die Kommune/Region die Fähigkeit zur *Selbstorganisation, Selbstversorgung, autonomer Rechtsetzung* und *Finanzhoheit* besitzt, wobei *Organisationsfähigkeit* die *selbständige, weisungsfreie Verwaltung durch eigene Organe oder Personen in eigener Verantwortung* bedeutet.

Versorgungsfähigkeit setzt voraus, daß die Gemeinschaft in der Lage ist, die essentiellen Grundbedürfnisse ihrer Mitglieder autonom zu decken, bzw. für deren Deckung zu sorgen.

Diese Bürgerschaften (*,demoi'*) lassen sich nicht zentral planen oder aufbauen, vielmehr müssen sie die Möglichkeit erhalten, organisch zu wachsen. Ließe man dies zu, entstünden leistungsfähige Keimzellen für neue Gesellschaften und Alternativwirtschaften auf der Grundlage dezentralisierter, bürgerschaftlich organisierter und ökologisch harmonisierender Lebensformen. Der Aufbau derartiger Gesellschaften ist kein Wunschdenken, denn sie existieren vereinzelt bereits in Ländern wie der Schweiz, den Vereinigten Staaten und Kanada, Neuseeland oder Skandinavien.

Dementsprechend läge die gesetzgebende, verwaltende und rechtsprechende Gewalt in lokalen/regionalen Angelegenheiten unabdingbar in Händen der Bürgerschaft (*,demos'*), die sich durch Abstimmung der Bürger eine lokal angepaßte Verfassung geben kann. Damit wären die Menschen in der Lage, über die Grundausrichtung der Meinungs- und Willensbildung innerhalb ihrer eigenen Bürgerschaft frei und maßgeblich mitzubestimmen und zu entscheiden – im Gegensatz zur heute herrschenden partei-gelenkten Scheindemokratie.

Abgesehen davon, daß eine derartige Richtungsänderung menschlicher Kreativität, gesellschaftlichem Sozialempfinden, Initiativen und selbständigem Unternehmergeist ungeahnte Möglichkeiten eröffnet, gäbe es dann auch kein verschwenderisches Wirtschaften auf Kosten des Staates (und in der Erwartung notwendiger Subventionen) mehr. Die scheindemokratische und pseudosoziale *Staatsgesellschaft* würde sich im Zuge der Rückübertragung staatlicher Aufgaben in eine *demokratische Bürgergesellschaft* verwandeln. Den Bürgerschaften stünde es frei, auf alternative, dezentralisierte (sanfte) Techniken der Energieversorgung umzusteigen, um dadurch die Selbstversorgung zu stärken und flexibler auf Notwendigkeiten zu reagieren. Das Interesse für eine Wirtschaft auf Basis des Nutz- statt des Marktwertes von Gütern und Dienstleistungen würde gefördert, und auch die Zahl der Selbständigen stiege sprunghaft an, denn die entstehenden lokalen Wirtschaftsräume wären ideal für handwerkliche, dienstleistende und produzierende Berufe sowie für die Entwicklung sanfter Technologien kleinerer Größenordnung geeigneter, kostengünstiger, sozialer und zudem auch umweltgerechter. Die Bürgerschaften wären politisch autark und souverän. Sie unterhielten eigene Polizeikräfte und eigene Infrastrukturen. Ebenso wäre die Einführung eigener lokaler Währungen durchaus möglich.

In ihrer Entscheidung läge auch, wem sie ein Zuzugs- und Einbürgerungsrecht gewähren oder eben versagen. Gleichzeitig läge es bei den einzelnen Bürgerschaften, sich für die Ansiedlung von Firmen zu qualifizieren, sich also für Investitionen und Arbeitsplätze schaffende Betriebe interessant zu machen, oder deren Ansiedlung zu verhindern. Welche Form der Besteuerung sie für sich wählen, läge ausnahmslos in ihrer eigenen Entscheidung. Ein überregionales Steuerrecht gäbe es demzufolge nicht mehr. All dies würde auch die Autonomie und Sicherheit jedes Einzelnen, der Familien und nachbarschaftlicher Beziehungen fördern, gleichzeitig aber auch den sozialen Zusammenhalt der Gemeinschaft (*,demos'*) kostengünstiger und verwaltungssärmer gestalten.

Daß unter diesen Umständen wieder natürliche *Sozialgemeinschaften* entstünden, Kompetenz und Verantwortlichkeit in den Vordergrund rückten und sich dies auch auf alle Bereiche der Sozialität (Kriminalität, Integration von Kindern und Neubürgern, etc.) sehr positiv auswirkte, liegt auf der Hand. Die Verantwortung läge wieder beim Bürger

und diene nicht mehr parteipolitischen Machtspielen, die faktisch jedes Land usurpiert und seine Bürger entmündigt haben.

Wirklich gelebter Frieden ist nicht gesetzlich zu verordnen, sondern ein ‚Produkt‘ gelebten Miteinanders, fußend auf der gemeinschaftlich gelebten Sozialität auf unterster Ebene – der Bürgerschaft (nach der Devise: „*Global denken – lokal agieren*“)!)

Bei Angelegenheiten, die nicht ausschließlich örtlichen Bezug haben, stößt das Selbstbestimmungsrecht der Bürgerschaften denknötwendig an seine Grenzen. Hierzu bietet sich – man denke an transregionale Infrastrukturen, Häfen und Brücken, Krankenhäuser und Schulen, Universitäten und Flughäfen, etc., kurz: alle synergetischen Vorteile bietenden Projekte – an, daß sich an jeweiligen Vorhaben interessierte Bürgerschaften zum Zweck der Verwirklichung translokaler Ziele zusammenschließen, also eine Art transregionales Parlament einrichten, in dem jeweils projektbezogene Vertreter die Interessen ihrer Bürgerschaft vertreten. Diese Vertreter würden von den Bürgerschaften, entsprechend ihrer Kompetenz, *demokratisch* gewählt und wären jederzeit abrufbar, wenn sie statt der Weisung der Bürgerschaft eigene Interessen vertreten (*„Delegationsprinzip“*). Dieser Delegierte wäre damit in seiner politischen Arbeit damit nicht mehr machtpolitischen Zwängen einer Partei oder Lobby unterworfen, sondern ausschließlich dem Mehrheitswillen seiner Bürgerschaft. Da diese Parlamente sich auch nicht dauerhaft zusammenfinden, sondern nur jeweils projektbezogen aktiviert werden, wäre einem Breitmachen von trägen Politfunktionären als Vertreter von Eigeninteressen einer Partei dauerhaft ein wirksamer Riegel vorgeschoben.

In Angelegenheiten von transkommunalem Interesse mutiert also das **Demokratie-**Prinzip zum überörtlichen **Delegatiokratie-**Prinzip.

Fazit:

Den Bürgerschaften obläge die ausschließliche Gesetzgebung über die lokale Verfassung, das Ein- und Auswanderungsrecht, Aufenthalt und Auslieferung sowie das Meldewesen, das Währungs-, Geld- und Münzwesen in der Bürgerschaft, das ausschließliche Steuer- und Abgabenrecht, alle Rechtsverhältnisse der im Dienste der Bürgerschaft stehenden Personen, das Vereins- und Versammlungsrecht innerhalb der Bürgerschaft, das Sicherheits- und Strafrecht, die öffentliche Fürsorge, Bildung und Verkehrsrecht, Kinder- und Altenbetreuung, Arbeitsvermittlung, Abfallbeseitigung, Krankenhäuser, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Naturschutzrecht, Erzeugung und Nutzung von Energie, Grundstücks- und Bodenrecht, Pachtwesen, Bauwesen und Baurecht u.a. *Regionale* Angelegenheiten werden delegiert durch Entsendung dazu legitimierter Vertreter, die in einem *Regionalparlament* zusammentreffen und denen die ausschließliche Gesetzgebung über die (freiwillige) Zusammenarbeit der Bürgerschaft in der Region obliegt, ein gemeinsames Währungs-, Geld- und Münzwesen, der regionale Verkehr (Flughäfen, etc.), das regionale Bildungswesen (Hochschulen, Universitäten, usw.), Rechtsverhältnisse der im Dienste der Region stehenden Personen, die Erzeugung und Nutzung von Energie in der Region, Krankenhäuser in der Region sowie die regionale Abfallbeseitigung und -verwertung.

In weitere, transregionale Angelegenheiten behandelnde Parlamente könnten wiederum dazu legitimierte Vertreter entsandt werden, die auf Landesebene oder transnationaler Ebene in gleicher Weise – aber immer ausschließlich im Interesse der sie legitimierenden Vertreter der jeweils darunter stehenden Bürgerschaft – verhandeln und beschließen können.

Eine detailliertere Erläuterung des ‚Alternativen Demokratie- und Rechtskonzeptes‘ kann auf der folgenden Website eingesehen werden:

<http://www.d-perspektive.de/konzepte/demokratie-und-recht.html>

Wer aber nun vielleicht denkt, es würde damit Anarchie Tür und Tor geöffnet, irrt, denn es ist davon auszugehen, daß die Mehrzahl der entstehenden Bürgerschaften an bewährten Regelungen und Vorschriften festhalten, bzw. schnell bessere entwickeln werden.

So groß die Widerstände bestimmter Interessensgruppen – Parteien, Gewerkschaften, transnationale Verbände und Vereine – sein dürften, die diesem Plädoyer für ein ‚Alternatives Demokratie- und Rechtskonzept‘ anfangs entgegenstehen dürften, so sicher können wir sein, daß dieses Modell einer *real gelebten Demokratie* über kurz oder lang realisierbar ist.

Die heute propagierte Farce der „Demokratie“ hat keine Chance, jemals real gelebt zu werden. Dieses Konzept ist auch ein Appell an jeden Einzelnen, am politischen Prozeß teilzunehmen und gemeinsam an dem Ziel einer *humanen* Gemeinschaft – lokal, regional, national und weltweit – zu arbeiten. Die hier angebotene neue Sicht der Wirklichkeit ist eine soziale, ökonomische und ökologische Anschauung in einem Sinne, der weit über die Vorstellungen (und Ziele!) unserer heutigen Systempolitiker hinausgeht.

H.-W. Graf

Anmerkung des Autors:

Diese Ausarbeitung kann ohne Rückfrage beim Autor, aber jeweils mit Quellenangabe, beliebig weitergegeben und verwendet werden. Im Sinne der notwendigen Veränderungen, die wir aktiv angehen müssen, statt uns darauf zu verlassen, daß Politiker oder Parteien bereit sind, grundsätzliche Veränderungen vorzunehmen, sollten diese Gedanken jeden potentiell Interessierten erreichen.

Insofern ist der Autor für jede Weitergabe dieser Gedanken dankbar.